

Anfrage

öffentlich

Datum

28.02.2008

Nummer

F0031/08

Absender

Regina Frömert**DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat**

Adressat

Oberbürgermeister

Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

13.03.2008

Kurztitel

Rückzahlung des Darlehens der Parkraum Magdeburg GmbH

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Mitteldeutschen Zeitung wurden am 27. Februar die Leser des Bezugsbereiches dieser Zeitung darüber informiert, dass die Landeshauptstadt „knapp an einer Zwangsvollstreckung durch das Landesverwaltungsamt vorbeigeschrammt“ sein soll. Ausgangspunkt und Grund dafür soll die fehlende Rückzahlung des Darlehens für die Tiefgarage am Friedensplatz sein. Informationen zu tatsächlichen oder vermeintlichen Absprachen mit hochrangigen Vertretern von Ministerien werden gegeben und auch Vertreter des Landesrechnungshofes sollen sich zur Sache geäußert haben.

Der Stadtrat hat bezüglich der Rückzahlung des Darlehens mehrfach Beschlüsse gefasst und mit den Jahresabschlüssen der Vorjahre bis zum Jahr 2006 auch zur Kenntnis nehmen können, dass durch die Verpflichtung der Gesellschafterin Stadt zur Rückzahlung keine Bestandsgefährdung für die Gesellschaft bestehe.

Die Vertreter in der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführer der GmbH wurden vom Stadtrat beauftragt, mit den Zuständigen in der Landesregierung zu verhandeln, um die Zeitspanne bis zur Rückzahlung ins Jahr 2010 zu verlängern.

Bei mündlichen Nachfragen äußerten Sie mehrfach im Stadtrat, dass es Verhandlungen mit dem Land gäbe.

Wieso kann der städtische Haushalt für das Jahr 2008 durch das Landesverwaltungsamt genehmigt werden, wenn diese Verwaltungseinheit / Kommunalaufsicht gleichzeitig beabsichtigt, eine Zwangsvollstreckung in den Haushalt 2008 hinein vorzunehmen?

War die Basis für die Entscheidung im Stadtrat am 10.6.2004 tatsächlich eine sichere? – In der Begründung für den Stadtrat zu dieser Entscheidung steht, dass der Stadt von eben diesem Landesverwaltungsamt / von eben dieser Kommunalaufsicht angeraten wurde, als eine Konsolidierungsmaßnahme für den städtischen Haushalt genau diese Verschiebung des Rückzahlungstermins in das Jahr 2010 zu beantragen.

Wer aus der Stadt hat hier was verabsäumt?

Welche Maßnahmen haben Sie zur Lösung der für den städtischen Haushalt nicht unproblematischen Situation unternommen und

wie ist der gegenwärtige Stand der Abstimmungen mit dem Land Sachsen-Anhalt in dieser Angelegenheit?

Warum wurde der Stadtrat von Ihnen nicht zeitnäher informiert?

Ich bitte um umfassende mündliche Information und gegebenenfalls schriftliche Ergänzung.

Regina Frömert